dem Weltkriege ein Ende zu machen. Unser König hat bisher jede Friedensmöglichkeit genutzt, und auch heute ist sein entschiedener Wille, jede Gelegenheit zu nützen, um mit unseren Gegnern einen anständigen, ehrlichen und dauernden Frieden zu schließen. Wir stehen sozusagen auf der Friedenslauer, ohne uns an gewisse Einschränkungsformeln binden zu wollen. Wir werden auch weiterhin in der einen Hand das Schwert, in der andern Hand den Oelzweig halten. Burian schloß mit den Worten, daß auch er alles beitragen werde zur Erreichung dieses Zieles.

Reise Baron Burians nach Deutschland.

Der Minister des Auswärtigen, Baron Burian, wird sich in der nächsten Woche nach Berlin begeben und bei dieser Gelegenheit auch dem Großen Hauptquartier einen Besuch abstatten.

Die Riesenschlacht im Westen.

Der gestrige Abendbericht der Obersten Heeresleitung lautet:

Ein englischer Teilangriff nördlich von Albert wurde abgewiesen. Ebenso scheiterte ein französischer Vorstoß im Walde von Apremont.

Lloyd George rechtfertigt sich.

In der Unterhaussitzung vom Donnerstag, in welcher, wie wir gestern berichteten, die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der vom General Maurice gegen die englische Regierung erhobene Anschuldigung, daß sie dem Unterhause falsche Angaben über die Stärke des englischen Heeres in Frankreich gemacht habe, beantragt und abgelehnt worden war, ergriff auch der Ministerpräsident Lloyd George das Wort. Er schlug vor, die volle Informationsquelle, aus der er und Bonar Law ihre Angaben geschöpft hätten, mitzuteilen und forderte das Haus auf, sein Urteil abzugeben, und zwar heute noch. (Beifall.) Sie beide seien darauf bedacht, daß die Erklärungen Maurices von einem unparteiischen Gerichtshof geprüft würden. Diesem Gerichtshof würde eine Menge wirklich vertrauenswürdiger Informationen, die absolut keinen Zweifel an der Wahrhaftigkeit der ministeriellen Erklärungen übrig lassen würden, zur Verfügung stehen. Ich will, fuhr Lloyd George fort, zur Prüfung der Angaben Maurices schreiten. Was den Vergleich der englischen Streitkräfte am 1. Januar 1917 mit denjenigen am 1. Januar 1918 betrifft, so sagte ich, die Gefechtsstärke der Armee habe zugenommen. Die Ziffern, die ich angab, waren aus den amtlichen Berichten des Kriegsamtes entnommen. Wenn dieselben unrichtig sind, so ist das Kriegsamt verantwortlich, wie jeder andere. Aber sie waren nicht ungenau, ich habe nachgeforscht und es besteht durchaus kein Zweifel darüber, daß eine ganz beträchtliche Zunahme des Mannschaftsbestandes der Armee zu Beginn des Jahres 1918 im Vergleich zu dem Stand am Anfang des Jahres 1917 vorhanden war. Lloyd George fuhr fort: Die Zunahme des Mannschaftsbestandes der Armeen war im Jahre 1918 im Vergleich zu 1917 in der ganzen Welt groß, aber in Frankreich war sie über dem Durchschnitt groß. Aus einem Bericht, welcher 9 Tage nach meiner Rede von Maurices Abteilung kam und von seinem Vertreter gezeichnet war, ist jedoch ersichtlich, daß auch die Gefechtsstärke der britischen Armee am 1. Januar 1918 größer war als am 1. Januar 1917. (Lauter Beifall.) Die gesamten Vergleichsziffern über die feindlichen und verbündeten Streitkräfte kamen von Maurice.

Lloyd George schloß mit einem Appell im Namen des Vaterlandes, dessen Schicksal heute und in nächster Zeit in der Schwebe sei, da die Deutschen jetzt schweigend vielleicht den größten Schlag des Krieges vorbereiten, diesen Angriffen, welche die Einigkeit der Nation und die Einigkeit der Armee bedrohten, ein Ende zu machen.

Nach weiterer Debatte wurde Asquiths Antrag auf Einsetzung einer Kommission mit 293 gegen 106 Stimmen abgelehnt.

Gegen General Maurice!

„Algemeen Handelsblad" meldet aus London, daß der Armeerat ein Schreiben an General Maurice gerichtet hat, in welchem er ihn auffordert, sein Verhalten zu rechtfertigen, da er die königlichen Vorschriften, welche verbieten, daß ein Offizier oder Soldat in irgend einer Form irgendwelche militärische Information oder seine Ansicht über irgend einen militärischen Gegenstand ohne besondere Erlaubnis veröffentlicht oder der Presse mitteilt, übertreten hat.

Lansdowne abermals für einen Verständigungsfrieden.

„Algemeen Handelsblatt" meldet aus London: Am Mittwoch hielt Lord Lansdowne im Oberhaus während der Friedensdebatte eine Rede, in welcher er mit Nachdruck betonte, daß ein durch Verhandlungen erzielter Friede der einzige Weg wäre, um den Krieg ehrenvoll und sicher zu Ende zu bringen. Lansdowne wies die Idee eines anders geschlossenen Friedens entschieden zurück und protestierte dagegen, daß mögliche Unterhändler im Gebiete der Politik verscheucht würden, ehe sie noch Gelegenheit gehabt hätten, ihre Bedingungen zu nennen. Ferner protestierte er dagegen, daß vernünftigen Menschen verboten wird, den Mund aufzumachen, nur weil sie glauben, daß ein Frieden durch Unterhandlungen möglich wäre.

In derselben Oberhaussitzung hatte, wie wir gestern mitteilten, der Minister Lord Curzon rundheraus erklärt, daß ein Frieden mit Deutschland unmöglich sei.

Schwere französische Fliegerverluste.

Die französische Regierung verzeichnete während der letzten Tage eine Reihe schwerer Fliegerverluste. Der Hauptmann Meiffer wurde bei einem Angriff aus geringer Höhe durch eine feindliche Kugel getötet. Er war einer der besten französischen Schlachtflieger. Leutnant Demeuldre, der vor kurzem die Ehrenlegion und die goldene Medaille des Französischen Aeroklubs erhielt, wurde an der Somme abgeschossen. Cabot, der Befehlshaber eines der bekanntesten französischen Jagdfluggeschwader, der wiederholt im Tagesbericht genannt war, ist tödlich verwundet in den französischen Linien abgestürzt. Der amerikanische Fliegerhauptmann Northon Hall, der schon vor der amerikanischen Kriegserklärung als Freiwilliger in französische Dienste getreten war, ist in den deutschen Linien abgestürzt. Man nimmt an, daß er gefangen ist.

Revolutionierung Skandinaviens.

Bolschewistische Agitation in Skandinavien.

Die „Neue Zürcher Zeitung" veröffentlicht folgendes Telegramm ihres skandinavischen Korrespondenten: Aufsehenerregende Mitteilungen sind soeben aus dem Norden Norwegens eingetroffen. Eine Menge finnischer Roter Gardisten hat sich, um sich der Gefangenschaft zu entziehen, über die russisch-norwegische Grenze nach dem Norden Norwegens geflüchtet, was die norwegische Regierung veranlaßt hat, große Truppenmassen dorthin zu schicken, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Diese Roten Garden haben eine Abordnung an die norwegischen Arbeitergewerkschaften geschickt, um diese zu veranlassen, eine schleunige und allgemeine Revolution in Norwegen zu unterstützen. Die Abordnung sollte sich daraufhin von Norwegen nach Schweden begeben, um eine Agitation mit Hilfe der schwedischen, norwegischen und russischen Arbeiter einzuleiten. Da es der Abordnung nicht gelang, nach Schweden hineinzukommen, haben die schwedischen Jungsozialisten eine Abordnung nach Norwegen gesandt, um dort an irgendeinem Platze in aller Heimlichkeit zu verhandeln. Man spricht von einer Ortschaft in den norwegischen Finnmarken. Ohne Zweifel steht Rußland hinter diesen Bestrebungen, zumal da auch vor einiger Zeit die Bolschewikiregierung ihren norwegischen Freunden Hilfe angeboten und 2 Millionen Rubel für revolutionäre Propaganda in Skandinavien bewilligt hat.

Die „Neue Zürcher Zeitung" berichtet ferner aus Stockholm: In Schweden beginnt neuerdings die jungsozialistische Bewegung im stillen, aber sicher und rasch anzuwachsen. Die antimilitaristische Agitation nimmt großen Umfang an und hat bereits viele Offiziere veranlaßt, ihren Militärdienst zu verlassen und sich Zivilstellungen zu suchen. In verschiedenen schwedischen Regimentern haben Demonstrationen stattgefunden. In der schwedischen Flotte, namentlich unter den Schiffsmannschaften in Stockholm, soll die Disziplin sehr mangelhaft sein. Man führt diese Erscheinung auf Einflüsse der russischen Sowjetregierung zurück.

Diktator Wilson.

Seine ungeheuren Machtbefugnisse.

Wieweit die diktatorische Machtvollkommenheit Wilsons geht, wird durch die beiden letzten schweren Konflikte zwischen ihm und dem Senat erwiesen. Auf den Versuch des Senats, größeren Einfluß auf die Führung des Krieges zu gewinnen, wie er in dem Antrag des Senators Chamberlain auf Einsetzung eines „War Cabinet" zum Ausdruck kam, hat Wilson so geantwortet, daß er gerade das Gegenteil von dem tat, was der Senat verlangte. Durch den Senator Overman ließ er die sogenannte Obermanbill einbringen, die forderte: daß der Präsident selbständig und allein alle wichtigen Posten im Staate zu vergeben habe. Vergeblich war der Entrüstungssturm, der sich hiergegen erhob; vergeblich der Hinweis, daß kein Kaiser und König über solche Machtbefugnisse verfüge; daß für die Ausübung solcher Befugnisse in England sechs Personen nötig seien — Wilson jagte unbeirrt seinem Ziele zu. Genau dieselbe Taktik schlug Wilson bei der sogenannten „War finance corporation-bill" ein. Diese sieht die Gründung einer staatlichen Körperschaft mit einem Kapital von 500 000 000 Dollar vor, die das Recht haben soll, kurzfristige Schuldverschreibungen bis zum Betrag von 4 000 000 000 Dollar zur finanziellen Unterstützung der Rüstungsindustrien auszugeben. Trotzdem schon gegen die übermäßige Belastung und Machtkonzentration in der Hand Mac Adoos, der bereits Schatzsekretär ist, eine lebhafte Protestbewegung im Gange war, ernannte Wilson seinen Schwiegersohn Mac Adoo auch noch zum Vorsitzenden dieser Korporation. Welch ungeheure Macht dadurch in seine Hände gelegt ist, daß er der Industrie der Vereinigten Staaten ganz nach Belieben Kredite geben oder versagen kann, ist einleuchtend. Trotzdem sich auch hier wieder eine lebhafte Opposition erhob, ist Wilson auf dem besten Wege, seinen Willen durchzusetzen. Im Senat wurde die Vorlage mit 73 gegen 3 Stimmen angenommen. Nimmt man noch hinzu, daß jetzt auch der gesamte Außenhandel des Landes von Wilson abhängig ist, da er darüber entscheidet, welche Waren zu der aus Gründen der Schiffsraumersparnis eingeschränkten Ein- oder Ausfuhr zugelassen werden sollen, so kann man sich ein Bild von der sich immer mehr festigenden Diktatur Wilsons machen. Dem Präsidenten gelingt aber die Durchführung seiner Pläne, weil er genau weiß, daß, wenn es hart auf hart kommt, seine Gegner sich immer durch das Argument einschüchtern lassen, ihr Widerspruch gefährde die wirksame Fortführung des Krieges. Wilsons Gegner rüsten sich denn auch, ihm bei der nächsten Wahl mit einer möglichst geschlossenen Front gegenüberzutreten.

Kleine politische Meldungen.

Guatemalas Kriegserklärung. Die spanische Regierung hat dem deutschen Auswärtigen Amte mitgeteilt, daß die Regierung von Guatemala nach einem Dekret vom 30. April sich dem Kriegszustande, wie er zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der deutschen Regierung bestehe, anschließe.

Ein Vertrauensvotum für Clemenceau. Die Kommission der französischen Kammer für auswärtige Angelegenheiten hat ihr Studium über die Friedensbesprechungen zwischen Frankreich und Oesterreich abgeschlossen und einstimmig festgestellt, daß diese Besprechungen in keinem Augenblick die Gelegenheit zu einem für Frankreich und seine Verbündeten annehmbaren Frieden angeboten haben. Infolgedessen ist die Kommission der Meinung, daß eine Plenarverhandlung über die Angelegenheit gegenstandslos wäre.

Aus Finnland traf der erste Handelsdampfer in Lübeck ein, um Ladung für Finnland einzunehmen. Damit ist der direkte Seeverkehr Lübeck-Finnland wieder eröffnet. Der Hafen war reich beflaggt.

General Rennenkampf ermordet. Nach Meldungen Wiener Blätter ist der russische General Rennenkampf von den Bolschewisten kürzlich in Taganrog ermordet worden. — Rennenkampf war einer der hervorragensten russischen Generale.

Ein Bolschewist in England zu Gefängnis verurteilt. Aus London wird gemeldet: Maclean, der bolschewistische Konsul in Glasgow, ist zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden wegen aufrührerischer Reden.

Die Kosakenbewegung gegen die Bolschewisten. „Times" melden aus Peking, daß die Kosakenbewegung an Stärke zunimmt. Die Streitkräfte Semenows sind 850 Meilen längs der transsibirischen Eisenbahn vorgerückt und haben 7 Eisenbahnstationen besetzt. Semenow hat eine transbaikalische Regierung ausgerufen und sich selbst an die Spitze derselben gestellt.

Die Verkehrsnot in London. Reuter meldet aus London: Im Unterhaus kündigte Stanley, Vorsitzender der Handelskammer, an, daß infolge Mangels an Eisenbahnmaterial der Verkehr um 40 Prozent eingeschränkt werden müsse. Diese Maßregel betrifft vorerst die Gemeinde London.

Auch ein Nachläufer. Wie die englischen Blätter aus Washington melden, teilt das Staatssekretariat mit, daß der Schah von Persien 400 000 M. auf die dritte amerikanische Freiheitsanleihe durch den amerikanischen Gesandten in Teheran gezeichnet hat, um seine Freundschaft zu den Vereinigten Staaten und seine volle Uebereinstimmung mit den Alliierten zu zeigen.

Von Stadt und Land.

Aue, 11. Mai.

Der König von Sachsen im Westen. Der König sah am 8. Mai Truppenteile aller Waffengattungen von zwei sächsischen Divisionen, zeichnete für schneidige Patrouillenunternehmungen Offiziere und Mannschaften aus und erkundigte sich nach ihren Stellungen, ihren Kämpfen und den Verhältnissen der Angehörigen in der Heimat. Nach Besuch eines Lazarettes verbrachte der König den Abend beim Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe und fand hierbei Gelegenheit, sächsische Eisenbahnbeamte zu begrüßen. Am Morgen des 9. Mai traf der König mit der ersten derjenigen Divisionen zusammen, die an den großen Schlachten im März und April ruhmvollen Anteil genommen haben. Der Monarch erhielt von Offizieren und Mannschaften über Einzelheiten Auskunft, zeichnete eine Anzahl der Kämpfer mit Orden aus und dankte für die hervorragenden Leistungen in herzlichen Worten.

Kriegsauszeichnungen. Dem Soldaten Paul P[illegible], Sohn des Werkzeugschlossers Reinhard Pilz hier, wurde die Friedrich-August-Medaille in Bronze verliehen. Er ist bereits im Besitze des Eisernen Kreuzes zweiter Klasse. — Der Soldat Max Pfeufer in Albernau erhielt das Eiserne Kreuz 2. Klasse. Pfeufer ist der Sohn des Eisenbahngehilfen Adolf Pfeufer auf Bahnhof Bockau.

Eine Stiftung für die Säuglingsfürsorge. Dem hiesigen Stadtrat sind von einem Bürger, der nicht genannt sein will, 3000 Mark übergeben worden, mit der Bestimmung, daß sie als Grundstock für eine Stiftung zu Gunsten der Säuglingsfürsorge verwendet werden sollen. Es wäre zu wünschen, daß diese hochherzige Gabe bald Nachahmung fände!

Eine Schenkung für den Heimatdank. Herrn Bürgermeister Hofmann wurden von der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt hierselbst 1000 Mark für die Zwecke des Heimatdank zu Verfügung gestellt.

Die Eisheiligen haben sich mit einem Gewitter angekündigt, das in der verflossenen Nacht mit ziemlicher Heftigkeit auftrat. Gleichzeitig kam ein wohltätiger Regen hernieder, der bis in den Vormittag andauerte und eine erhebliche Abkühlung zur Folge hatte.

Die polnische Frage und der Frieden: über diesen so zeitgemäßen Gegenstand wird morgen Sonntag Abend 1/2 9 Uhr Generalsekretär Vorberg vom Deutschen Ostmarkenverein in Berlin in einer öffentlichen Versammlung sprechen, zu der alle Männer und Frauen Zutritt haben.

Stadtkinder aufs Land. Zur Unterbringung von Dresdner Volksschulkindern auf dem Lande im Sommer 1918 hat der Rat 200 000 M. bewilligt. Man hofft, auch in diesem Jahre 10 000 Kinder auf dem Lande unterbringen zu können, vorausgesetzt, daß die nötige Zahl von Pflegestellen zur Verfügung steht. Zur Zeit sind allerdings kaum 5000 Stellen für Dresdner Kinder in Aussicht.

g. **Der Evangelisch-lutherische Schulverein** für das Königreich Sachsen (e. V.) hielt am Himmelfahrtstage in Dresden seine neunte Hauptversammlung ab. Als Vertreter des Kultusministeriums war Geheimer Rat Dr. Kühn und als Vertreter des Landeskonsistoriums Geheimrat Pache anwesend. Im Anschluß an den Jahresbericht wurde folgende Entschließung angenommen: „Mit großem Bedauern nimmt der Evangelisch-lutherische Schulverein für das Königreich Sachsen wahr, daß auch während der blutigen Entscheidungskämpfe im Westen unter dem Stichwort „Neuorientierung" für einschneidende innerpolitische Neuerungen lebhaft agitiert wird, wie z. B. für Trennung von Kirche und Schule, sowie für ein neues Schulgesetz mit simultaner Einheitsschule und bekenntnislosem Religionsunterricht, Forderungen, deren Erfüllung die ihm am Herzen liegende Erziehung unserer deutschen Jugend zu einem lebendigen, innerlich verankerten Christentum in Frage stellen müßte. Das christliche Elternhaus wird dadurch von neuem stark beunruhigt. Der Verein ruft daher alle Freunde christlich-evangelischer Erziehung erneut auf, für die Erhaltung des Religionsunterrichts auf der alten bewährten Grundlage des Evangeliums mit allen Kräften einzutreten."

Tanzeintrittssteuer. Die Einführung einer Tanzeintrittssteuer erfolgt in Sachsen zum erstenmal im Bezirk der Kgl Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt einschließlich der Stadt Radeberg. Das Ministerium des Innern hat die Genehmigung zunächst nur auf den Zeitraum von von drei Jahren erteilt. Innerhalb dieses Zeitraumes wird sich ergeben, ob und in welchem Umfange die Bedenken der Saalinhaber begründet sind und auf welchem Wege Abhilfe geschaffen werden könnte. Im